



Herausgegeben im Auftrag des Rektors von der Abteilung Hochschulrechtliche, akademische und hochschulpolitische Angelegenheiten, Straße der Nationen 62, 09111 Chemnitz - Postanschrift: 09107 Chemnitz

Nr. 37/2022

15. Juli 2022

Inhaltsverzeichnis

Promotionsordnung der Fakultät für Informatik der Technischen Universität Chemnitz vom 8. Juli 2022	Seite 2091
Habilitationsordnung der Fakultät für Informatik der Technischen Universität Chemnitz vom 8. Juli 2022	Seite 2101

**Promotionsordnung
der Fakultät für Informatik
der Technischen Universität Chemnitz
Vom 8. Juli 2022**

Aufgrund von § 40 Abs. 5 in Verbindung mit § 13 Abs. 4 Satz 1 und § 88 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Freiheit der Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz – SächsHSFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. September 2021 (SächsGVBl. S. 1122, 1123) geändert worden ist, hat der Fakultätsrat der Fakultät für Informatik der Technischen Universität Chemnitz die folgende Promotionsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeiner Teil

- § 1 Promotionsrecht
- § 2 Promotion
- § 3 Voraussetzungen zur Promotion
- § 4 Promotionsleistungen
- § 5 Promotionsausschuss
- § 6 Promotionskommission

II. Eröffnung des Promotionsverfahrens

- § 7 Antragstellung
- § 8 Eröffnung des Promotionsverfahrens
- § 9 Gutachter

III. Ablauf des Promotionsverfahrens

- § 10 Allgemeines
- § 11 Bewertung der Dissertation
- § 12 Annahme der Dissertation
- § 13 Auslegung der Dissertation, Einsprüche
- § 14 Öffentliche Verteidigung
- § 15 Bewertung der öffentlichen Verteidigung und Gesamtnote der Promotion

IV. Veröffentlichung und Titelführung

- § 16 Veröffentlichung der Dissertation
- § 17 Übergabe der Urkunde, Titelführung

V. Ungültigkeit und Rechtsbehelfe

- § 18 Ungültigkeit von Promotionsleistungen
- § 19 Entziehung des Doktorgrades
- § 20 Widerspruchsrecht
- § 21 Einsichtnahme

VI. Ehrungen und Schlussbestimmung

- § 22 Ehrenpromotion
- § 23 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden in der Regel das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten selbstverständlich für alle Geschlechter.

I. Allgemeiner Teil**§ 1****Promotionsrecht**

- (1) Die Fakultät für Informatik (nachfolgend Fakultät) verleiht für die Technische Universität Chemnitz als Ergebnis eines erfolgreichen Promotionsverfahrens den akademischen Grad Doktoringenieur (Dr.-Ing.) oder Doktor der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.).
- (2) Die Fakultät verleiht für die Technische Universität Chemnitz aufgrund eines Beschlusses ihres Fakultätsrates den akademischen Grad Doktoringenieur Ehren halber (Dr.-Ing. E. h.) oder doctor rerum naturalium honoris causa (Dr. rer. nat. h. c.).

§ 2**Promotion**

- (1) Mit der Promotion weist der Bewerber seine Fähigkeit nach, durch selbständige wissenschaftliche Arbeit Ergebnisse zu erzielen, die zur Weiterentwicklung der Informatik beitragen sowie deren Modelle, Theorien und Methoden bereichern.
- (2) Ein Promotionsverfahren gliedert sich in die Zulassung zur Promotion, die Eröffnung des Promotionsverfahrens, die Bewertung der Dissertation, die öffentliche Verteidigung der Dissertation und die Verleihung des Doktorgrades.
- (3) Voraussetzung für die Promotion zum Dr.-Ing. ist die Feststellung des Promotionsausschusses, dass ingenieurwissenschaftliche Aspekte der Informatik den Schwerpunkt der Dissertation darstellen. Voraussetzung für die Promotion zum Dr. rer. nat. ist die Feststellung des Promotionsausschusses, dass mathematisch-naturwissenschaftliche Aspekte der Informatik den Schwerpunkt der Dissertation darstellen.
- (4) Nach einem erfolgreichen Promotionsverfahren wird dem Bewerber das Recht zur Führung des Doktorgrades verliehen und beurkundet.
- (5) Promotionsverfahren werden grundsätzlich für einzelne Bewerber eröffnet. Jeder Bewerber legt eine eigene, abgeschlossene und seine Leistungen kennzeichnende Dissertation vor.
- (6) Bei Dissertationen zu eng zusammenhängenden Themen, bei denen eine Zusammenarbeit zur Erlangung einer wissenschaftlich beachtlichen Leistung zwingend erforderlich ist, kann die öffentliche Verteidigung in einer gemeinsamen Veranstaltung stattfinden.

§ 3**Voraussetzungen zur Promotion**

- (1) Die Promotion ist eine wissenschaftliche Qualifikation von internationalem Rang. Zur Promotion kann zugelassen werden, wer an einer Hochschule einen Diplom-, Master- oder Magistergrad oder das Staatsexamen im Fachgebiet Informatik mit in der Regel überdurchschnittlichen Leistungen abgeschlossen hat. Zur Promotion kann auch zugelassen werden, wer aufgrund eines mit überdurchschnittlichen Leistungen abgeschlossenen Studiums an einer Hochschule einen Diplom-, Master- oder Magistergrad oder das Staatsexamen in einem der Informatik nahestehenden Fachgebiet erworben hat. Es besteht kein Anspruch auf Zulassung zur Promotion.
- (2) Für Bewerber nach Absatz 1 entscheidet der Promotionsausschuss im Benehmen mit dem Betreuer, ob vor der Zulassung zur Promotion zusätzliche Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen sind. Der Bewerber kann Vorschläge zum Prüfungsstoff abgeben. Der Promotionsausschuss ist nicht an diese Vorschläge gebunden. Zusätzliche Prüfungsleistungen gelten als erbracht, wenn das arithmetische Mittel der Noten 2,3 oder besser beträgt.
- (3) In kooperativen Promotionsverfahren wirken Universitäten und Fachhochschulen zur Promotion von Fachhochschulabsolventen, die die Voraussetzungen zur Promotion erfüllen, zusammen. Das kooperative

Promotionsverfahren zeichnet sich dadurch aus, dass ein Hochschullehrer für Informatik einer Fachhochschule als Betreuer und Gutachter an der Promotion mitwirkt. Es dient der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Fakultäten von Universität und Fachhochschule. Zur Einleitung eines kooperativen Promotionsverfahrens ist ein projektbezogener Kooperationsvertrag zwischen den beteiligten Fakultäten abzuschließen. Umfang und Inhalt eventuell zu erbringender zusätzlicher Studien- und Prüfungsleistungen werden einvernehmlich im Rahmen des kooperativen Promotionsverfahrens festgelegt und können bis zur Eröffnung des Promotionsverfahrens erbracht werden.

(4) Inhaber des Bachelorgrades einer Hochschule können auch ohne Erwerb eines weiteren Grades im Wege eines Eignungsfeststellungsverfahrens zur Promotion zugelassen werden.

(5) Das Eignungsfeststellungsverfahren nach Absatz 4 wird durch Beschluss des Fakultätsrates der Fakultät eröffnet, wenn die Leistungen des Bewerbers darauf schließen lassen, dass die Promotionsbefähigung auch ohne Erwerb eines weiteren Grades vorliegt. Die Voraussetzungen für die Eröffnung sind, dass das Bachelorstudium mit der Note 1,0 (oder besser) abgeschlossen wurde und dass der Bewerber als erstgenannter Autor von drei Veröffentlichungen in international anerkannten Fachzeitschriften der Informatik auftritt. Zur Durchführung des Eignungsfeststellungsverfahrens wird durch den Fakultätsrat eine Kommission eingerichtet, die sich aus fünf Hochschullehrern der Fakultät zusammensetzt. Der Vorsitzende des Promotionsausschusses ist Mitglied dieser Kommission. Die Kommission entscheidet über das Vorliegen der Eignung zur Promotion auf der Grundlage des Abschlusses sowie des Inhaltes des absolvierten Studienganges einschließlich der bei sämtlichen Prüfungsleistungen erbrachten Ergebnisse, der Veröffentlichungen, eines Vortrages des Bewerbers und einer wissenschaftlichen Befragung.

(6) Über die Anerkennung der Gleichwertigkeit ausländischer Examina entscheidet der Prüfungsausschuss der Fakultät unter Berücksichtigung geltender Äquivalenzvereinbarungen. Sofern die Gleichwertigkeit festgestellt wird, gelten Absatz 1 bis 5 entsprechend.

(7) Zur Prüfung der Erfüllung aller Promotionsvoraussetzungen ist an das Dekanat der Fakultät ein formloser Antrag auf Zulassung zur Promotion (Zulassungsantrag) zu stellen. Dieser muss enthalten:

1. das in Aussicht genommene Thema der Dissertation einschließlich Kurzdarstellung mit wissenschaftlicher Problemstellung, einem Lösungsansatz und den geplanten Arbeitsschritten,
2. die Bereitschaftserklärung eines Hochschullehrers der Fakultät oder im Falle eines kooperativen Promotionsvorhabens von zwei Hochschullehrern gemäß Absatz 3, den Bewerber bei der Erarbeitung der Dissertation wissenschaftlich zu betreuen,
3. den Nachweis über eine abgelegte Hochschulabschlussprüfung nach Absatz 1, 2, 3, 4 oder 6,
4. eine Erklärung zur Anerkennung dieser Promotionsordnung,
5. alle Daten, die zum Zweck der Zulassung zur Promotion und der Durchführung des Promotionsverfahrens verarbeitet werden dürfen. Diese werden durch ein Formular zur Erfassung der Promovierendendaten zum Zweck der Zulassung zur Promotion und der Durchführung des Promotionsverfahrens abgefragt. Das Formular wird durch das Dekanat bereitgestellt.

Alle genannten Unterlagen sind in schriftlicher Form einzureichen und müssen vom Bewerber unterschrieben sein, die Unterlagen gemäß Nummer 3 müssen amtlich beglaubigt sein. Der Zulassungsantrag muss zu Beginn der Bearbeitung des Promotionsvorhabens, spätestens jedoch ein Jahr vor dem Antrag auf Eröffnung des Promotionsverfahrens (Promotionsantrag) gestellt werden.

(8) Der Zulassungsantrag ist eine Äußerung der Absicht des Bewerbers an der Fakultät promovieren zu wollen. Der Promotionsausschuss prüft auf der Basis der Vorqualifikation des Bewerbers, ob dieser zur Promotion zugelassen werden kann oder ob zuvor noch Studien- und Prüfungsleistungen gemäß Absatz 2 erbracht werden müssen. Über die Zulassung zur Promotion und über eventuelle Auflagen, z.B. zu erbringende zusätzliche Studien- und Prüfungsleistungen bis zur Eröffnung des Promotionsverfahrens nach Absatz 3, oder über eine Ablehnung erhält der Bewerber einen schriftlichen Bescheid. Die Ablehnung ist dem Bewerber vom Dekan der Fakultät schriftlich unter Angabe der Gründe zusammen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen. Der Bewerber erhält im Falle der Ablehnung der Zulassung zur Promotion außer dem Zulassungsantrag alle eingereichten Unterlagen zurück.

(9) Zur Promotion zugelassene Bewerber sind verpflichtet, eine Änderung des Status der Promotion (Wechsel der Hochschule, Beurlaubung, sonstige Unterbrechung der Promotion, aktive Fortsetzung der Promotion, Abbruch der Promotion) dem Dekanat unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Zudem sind die Bewerber verpflichtet, jährlich zum 30.11. dem Dekanat alle Daten, die zum Zweck der Erfüllung der Auskunftspflicht nach dem Hochschulstatistikgesetz verarbeitet werden dürfen, durch ein Formular zur Erfassung der Promovierendendaten zum Zweck der Erfüllung der Auskunftspflicht nach dem Hochschulstatistikgesetz (wird vom Dekanat bereitgestellt) schriftlich mitzuteilen. Unterbleibt eine entsprechende Mitteilung durch den Bewerber, kann die Zulassung zur Promotion vom Promotionsausschuss nach Anhörung des betreuenden Hochschullehrers widerrufen werden.

(10) Die Zulassung zur Promotion kann zudem vom Promotionsausschuss nach Anhörung des betreuenden Hochschullehrers widerrufen werden, wenn der Promotionsantrag nicht spätestens sechs Jahre nach dem Zulassungsantrag gestellt wird.

(11) Ein Widerruf der Zulassung zur Promotion ist dem Bewerber vom Dekan schriftlich unter Angabe der Gründe zusammen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen. Der Bewerber erhält im Falle der Nichteröffnung außer dem Zulassungsantrag alle eingereichten Unterlagen zurück.

§ 4

Promotionsleistungen

- (1) Der Doktorgrad wird auf der Grundlage einer schriftlichen wissenschaftlichen Arbeit, der Dissertation, und ihrer öffentlichen Verteidigung verliehen.
- (2) Promotionsleistungen erfolgen grundsätzlich in deutscher oder englischer Sprache.

§ 5

Promotionsausschuss

- (1) Dem Promotionsausschuss gehören an:
 1. drei Hochschullehrer der Fakultät,
 2. ein promovierter akademischer Mitarbeiter,
 3. ein Student eines Master- oder Diplomstudiengangs der Fakultät mit beratender Stimme.
- (2) Die Mitglieder des Promotionsausschusses nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 werden vom Fakultätsrat in der Regel für die Dauer von drei Jahren bestellt. Das Mitglied nach Absatz 1 Nr. 3 wird vom Fakultätsrat für die Dauer eines Jahres bestellt. Der Vorsitzende wird vom Dekan aus den Mitgliedern nach Absatz 1 Nr. 1 bestellt. Der Promotionsausschuss bestimmt intern einen Vertreter des Vorsitzenden aus den Mitgliedern nach Absatz 1 Nr. 1. Wiederbestellungen sind zulässig. Auf Verlangen hat der Promotionsausschuss dem Fakultätsrat über seine Tätigkeit zu berichten.
- (3) Der Promotionsausschuss nimmt folgende Aufgaben im Auftrag des Fakultätsrates selbständig wahr:
 1. die Überprüfung der Promotionsvoraussetzungen, die Entscheidung über die Zulassung zur Promotion und die Festlegung noch zu erbringender Studien- und Prüfungsleistungen,
 2. die Entscheidung über die Eröffnung des Promotionsverfahrens,
 3. die Entscheidung über den dem Inhalt der Dissertation entsprechenden akademischen Grad gemäß § 1 und § 2 Abs. 3,
 4. die Bestellung der Gutachter, der Promotionskommission und ihres Vorsitzenden,
 5. die Entscheidung über die Annahme oder Nichtannahme der Dissertation nach Eintreffen der Gutachten,
 6. die Vorbereitung von Entscheidungen zu Sonderfällen und zu Einsprüchen, die dem Fakultätsrat vorzulegen sind.
- (4) Die Beratungen des Promotionsausschusses sind nichtöffentlich. Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit über die Beratungsgegenstände verpflichtet.
- (5) Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Voraussetzungen des § 54 Abs. 1 SächsHSFG erfüllt sind und der Vorsitzende oder sein Stellvertreter anwesend ist. Beschlüsse des Promotionsausschusses werden nach § 54 Abs. 2 SächsHSFG gefasst. Über die Beratungen des Promotionsausschusses ist ein Protokoll zu führen.
- (6) Die Regelungen der §§ 20 und 21 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) gelten entsprechend.

§ 6

Promotionskommission

- (1) Der Promotionskommission gehören an:
 1. der Vorsitzende,
 2. die Gutachter,
 3. zwei Beisitzer,
 4. ein Protokollant ohne Stimmrecht.
- (2) Der Vorsitzende muss Hochschullehrer der Fakultät sein. Der Vorsitzende ist in der Regel kein Gutachter. Der Vorsitzende der Promotionskommission leitet das Promotionsverfahren nach der Annahme der Dissertation. Beisitzer können Hochschullehrer oder promovierte akademische Mitarbeiter sein.
- (3) Die Promotionskommission führt die öffentliche Verteidigung durch. Sie legt eine Note für die öffentliche Verteidigung fest. Zusätzlich legt sie die Gesamtnote der Promotion fest.
- (4) Für die Promotionskommission gilt § 5 Abs. 4 bis 6 entsprechend.

II. Eröffnung des Promotionsverfahrens

§ 7

Antragstellung

- (1) Der Promotionsantrag setzt die Zulassung zur Promotion gemäß § 3 voraus.
- (2) Der Promotionsantrag ist vom Bewerber an den Dekan zu richten.

- (3) Dem Promotionsantrag sind beizufügen:
 1. Nachweise über die zusätzlich erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen gemäß § 3 Abs. 3 Satz 5 und Abs. 8 Satz 3, falls der Promotionsausschuss derartige Leistungen bei der Überprüfung der Promotionsvoraussetzungen verlangt hat,
 2. die Dissertation in vier gebundenen Exemplaren einschließlich Thesen. Sie ist auch in elektronischer Form einzureichen.
 3. die Versicherung, dass die vorgelegte Arbeit weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde zum Zwecke einer Promotion oder eines anderen Prüfungsverfahrens vorgelegt wurde und auch noch nicht veröffentlicht wurde.
- (4) Mit dem Promotionsantrag hat der Bewerber in einer schriftlichen Erklärung
 1. zu versichern, dass die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt wurde und die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken in der Arbeit als solche kenntlich gemacht sind,
 2. zu versichern, dass weitere Personen bei der geistigen Herstellung der vorliegenden Arbeit nicht beteiligt waren, insbesondere hierbei auch nicht die Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen wurde, und dass Dritte vom Bewerber weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen für Arbeiten erhalten haben, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen,
 3. mitzuteilen, dass er mit einer elektronischen Überprüfung seiner Dissertation auf etwaige Plagiate hin einverstanden ist.
- (5) Die Thesen, die Erklärungen nach Absatz 4 und die bibliographischen Angaben sind jedem Exemplar der Dissertation beizuheften.
- (6) Alle genannten Unterlagen sind in schriftlicher Form einzureichen und gehen nach Eröffnung des Promotionsverfahrens in das Eigentum der Technischen Universität Chemnitz über. Für die Dissertationsexemplare gilt § 9 Abs. 6 und 7.
- (7) Der Promotionsantrag kann vom Bewerber zurückgezogen werden, solange das Promotionsverfahren nicht eröffnet ist. Er gilt dann als nicht gestellt, und der Bewerber erhält alle Unterlagen außer dem Zulassungsantrag gemäß § 3 und dem Promotionsantrag zurück. Das Rücknahmeersuchen bedarf der Schriftform.

§ 8

Eröffnung des Promotionsverfahrens

- (1) Der Promotionsausschuss entscheidet über die Eröffnung des Promotionsverfahrens.
- (2) Vor dieser Entscheidung kann er die Dissertation zur Behebung formaler Mängel zurückgeben. In diesem Fall ist die Eröffnung bis zur Behebung der Mängel auszusetzen.
- (3) Im Beschluss über die Eröffnung sind das Fachgebiet und die Gutachter festzulegen sowie das Thema der Dissertation zu bestätigen. Weiterhin ist die Feststellung gemäß § 2 Abs. 3 zu treffen.
- (4) Der Promotionsausschuss muss die Eröffnung ablehnen, wenn die Voraussetzungen nach § 3 nicht erfüllt sind oder das Thema der Dissertation nicht dem Fachgebiet Informatik zugehört.
- (5) Über die Eröffnung des Promotionsverfahrens erhält der Bewerber unverzüglich einen schriftlichen Bescheid. Die Ablehnung ist dem Bewerber vom Dekan schriftlich unter Angabe der Gründe zusammen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen. Der Bewerber erhält im Falle der Nichteröffnung außer dem Antrag alle eingereichten Unterlagen zurück.
- (6) Gibt der Bewerber nach Eröffnung des Promotionsverfahrens eine schriftliche Rücktrittserklärung ab oder werden Gründe bekannt, die die Eröffnung verhindert hätten, so erfolgt durch den Promotionsausschuss der Abbruch des Promotionsverfahrens. Im Falle eines Abbruchs ist der Bewerber vom Dekan schriftlich unter Angabe der Gründe zusammen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu informieren. Die Unterlagen, einschließlich der eingegangenen Gutachten, verbleiben im Dekanat.

§ 9

Gutachter

- (1) Alle Hochschullehrer der Fakultät sind berechtigt, Dissertationen anzuregen, zu betreuen und zu begutachten.
- (2) Im Eröffnungsbeschluss nach § 8 werden mindestens zwei Gutachter benannt. Mindestens ein Gutachter muss Hochschullehrer der Fakultät sein. Mindestens ein Gutachter muss ein nach § 60 oder § 62 SächsHSFG berufener Professor an einer Universität sein. Weitere Gutachter können Fachhochschul- oder Juniorprofessoren sein oder sie müssen mindestens habilitationsadäquate Leistungen nachweisen.
- (3) Der Bewerber kann zu den Personen der Gutachter Vorschläge unterbreiten. Der Promotionsausschuss ist nicht an diese Vorschläge gebunden.
- (4) Der Promotionsausschuss kann in begründeten Fällen weitere Gutachten zur Dissertation einholen. Ein begründeter Fall liegt insbesondere vor, wenn die Gutachter in ihrer Bewertung stark voneinander abweichen oder wenn ein Gutachter mit „non sufficit“ bewertet hat.

- (5) Die Vergabe einer Auszeichnung („summa cum laude“) erfolgt auf der Grundlage von drei Gutachten. Um das Promotionsverfahren nicht zu verzögern, kann der betreuende Hochschullehrer den Promotionsausschuss frühzeitig auf diesen Fall hinweisen.
- (6) Die Gutachter haben das Recht, die ihnen zur Begutachtung übergebenen Dissertationen zu behalten. Gutachten sollen schriftlich innerhalb von drei Monaten nach Aushändigung der Dissertation an die Gutachter dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zugeleitet werden.
- (7) Ein Exemplar der Dissertation verbleibt in den Unterlagen der Fakultät.

III. Ablauf des Promotionsverfahrens

§ 10

Allgemeines

- (1) Das Dissertationsthema muss dem wissenschaftlichen Profil der Fakultät zuzuordnen sein. Bei der Bearbeitung des Themas muss ein Hochschullehrer der Fakultät betreuend mitgewirkt haben.
- (2) Eine von einem wissenschaftlichen Gremium bereits abgelehnte oder für andere Prüfungszwecke bereits verwendete Abhandlung kann nicht als Dissertation angenommen werden.
- (3) Die Ergebnisse der Dissertation sind in Thesen zusammenzufassen; diese sind Bestandteil der Dissertation. Die Thesen sollen die wichtigsten Ergebnisse, die zur Weiterentwicklung der Informatik beitragen, enthalten.

§ 11

Bewertung der Dissertation

- (1) Die Gutachter geben ein unabhängiges begründetes Gutachten über die Dissertation ab und schlagen die Annahme oder Ablehnung, bei Annahme auch die Bewertung nach Absatz 2 vor. Die Dissertation soll nur dann angenommen werden, wenn sie den Anforderungen von § 2 Abs. 1 entspricht und wenn sie hinsichtlich Orthographie, Grammatik und äußerer Form druckfähig ist. Auflagen hinsichtlich geringfügiger Änderungen und Ergänzungen, zu denen der Bewerber unzweifelhaft bereit ist, stehen einer Annahme nicht entgegen.
- (2) Im Falle der Annahme sind folgende Bewertungen möglich:
„summa cum laude“ (mit Auszeichnung),
„magna cum laude“ (sehr gut),
„cum laude“ (gut),
„rite“ (genügend).
Die Ablehnung entspricht der Note „non sufficit“ (ungenügend). Die Note „magna cum laude“ (sehr gut) kann durch den Zusatz „minus“, die Note „cum laude“ (gut) kann durch die Zusätze „plus“ oder „minus“ weiter differenziert werden. Für die Berechnung einer Gesamtnote aus den Einzelbewertungen werden die Zahlenwerte 0 für „summa cum laude“, 1 für „magna cum laude“, 2 für „cum laude“ und 3 für „rite“ herangezogen. Ein Zusatz „plus“ erniedrigt den Notenwert um 0,3. Ein Zusatz „minus“ erhöht den Notenwert um 0,3.
- (3) Die Vergabe der Bewertung „summa cum laude“ (mit Auszeichnung) soll nur wirklich hervorragenden Dissertationen vorbehalten sein. Die Gutachter sollen darüber informiert werden, dass eine Auszeichnung den 10 % Besten vorbehalten sein soll.
- (4) Die Gutachten sollen die Bestätigung oder Ablehnung der Thesen und eine Aussage dazu enthalten, ob sie die wichtigsten Ergebnisse der Dissertation widerspiegeln.

§ 12

Annahme der Dissertation

- (1) Der Promotionsausschuss entscheidet auf der Grundlage der Gutachten über Annahme oder Nichtannahme der Dissertation sowie über die Fortsetzung oder Beendigung des Promotionsverfahrens. Die Entscheidung ist dem Bewerber innerhalb von zwei Wochen nach dem Beschluss schriftlich mitzuteilen. Auflagen nach § 11 Abs. 1 werden mit dem Bescheid über die Annahme der Dissertation bekannt gegeben. Der Bewerber hat diese Auflagen in einer vom Promotionsausschuss gesetzten Frist zu erfüllen. Der Promotionsausschuss überprüft die Erfüllung der Auflagen. Wurde die Dissertation nicht angenommen, sind dem Bewerber die Gründe des Beschlusses der Nichtannahme und der Beendigung des Promotionsverfahrens schriftlich mitzuteilen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (2) Liegt von mehr als einem Gutachter die Note „non sufficit“ vor, so ist die Dissertation nicht anzunehmen und das Promotionsverfahren zu beenden. Eine nicht angenommene Dissertation verbleibt mit allen Gutachten und der Promotionsakte bei der Fakultät.
- (3) Im Falle der Annahme der Dissertation benennt der Promotionsausschuss eine Promotionskommission.
- (4) Nach der Annahme der Dissertation hat der Bewerber das Recht, Einsicht in die Gutachten zu nehmen.

Dabei gilt die Note nicht als Teil des Gutachtens.

§ 13

Auslegung der Dissertation, Einsprüche

- (1) Nach der Annahme der Dissertation teilt der Vorsitzende des Promotionsausschusses den Mitgliedern des Fakultätsrates und den Hochschullehrern der Fakultät mit, dass sie die Gutachten und die Dissertation im Dekanat einsehen können. Wenn alle Gutachten positiv sind, ist für die Einsichtnahme ein Zeitraum von zwei Wochen, andernfalls von vier Wochen vorzusehen. Während dieser Zeit liegt die Dissertation ohne die Gutachten im Dekanat für alle promovierten Mitglieder und Angehörigen der Fakultät zur Einsicht aus. Beginn und Ende des Zeitraumes für die Einsichtnahme sind bekannt zu geben. Der Vorsitzende des Promotionsausschusses stellt sicher, dass den Mitgliedern der Promotionskommission ein Exemplar der Dissertation in geeigneter Form zur Verfügung gestellt wird.
- (2) Während der Dauer der Auslegung der Dissertation nach Absatz 1 können Stellungnahmen und Einsprüche über den Vorsitzenden des Promotionsausschusses schriftlich geltend gemacht werden.
- (3) Jede Stellungnahme wird der Promotionskommission zugänglich gemacht. Über Einsprüche gegen die Annahme der Dissertation entscheidet der Fakultätsrat, über andere Einsprüche der Promotionsausschuss. Die Einsprüche dürfen auch zum Gegenstand der Diskussion in der öffentlichen Verteidigung gemacht werden.

§ 14

Öffentliche Verteidigung

- (1) Die öffentliche Verteidigung besteht aus dem Vortrag des Bewerbers und einem Kolloquium. Sie findet in Anwesenheit der Promotionskommission statt und wird vom Vorsitzenden der Promotionskommission geleitet. Es müssen mindestens zwei Gutachter und ein Beisitzer anwesend sein. Der Termin der öffentlichen Verteidigung wird nach dem Ende der Fristen zur öffentlichen Auslegung nach § 13 Abs. 1 und nach Entscheidung über etwaige Einsprüche nach § 13 Abs. 3 vom Vorsitzenden der Promotionskommission festgelegt. Der Termin der öffentlichen Verteidigung ist mindestens zwei Wochen vorher öffentlich bekannt zu geben.
- (2) Der Bewerber berichtet in einem Vortrag von ca. 30 Minuten Dauer über Ziel, Inhalt und Ergebnisse seiner Dissertation.
- (3) An den Vortrag schließt sich ein Kolloquium an, an dem alle anwesenden Mitglieder und Angehörigen der Technischen Universität Chemnitz aktiv teilnehmen können. Der Vorsitzende der Promotionskommission leitet das Kolloquium. Das Kolloquium bezieht sich auf das Thema der Dissertation.
- (4) Über den Verlauf von Vortrag und Kolloquium ist eine Niederschrift zu führen. Sie ist vom Vorsitzenden der Promotionskommission zu unterschreiben. Sie ist Bestandteil der Promotionsakte.
- (5) Unmittelbar nach der öffentlichen Verteidigung berät die Promotionskommission in nichtöffentlicher Sitzung über das Ergebnis. Alle zuvor anwesenden Hochschullehrer der Fakultät können daran mit beratender Stimme teilnehmen. Die Promotionskommission legt die Note der öffentlichen Verteidigung und die Gesamtnote der Promotion fest. Anschließend gibt der Vorsitzende dem Bewerber die erreichten Ergebnisse und die Gesamtnote bekannt. Für diese Bekanntgabe kann auf Wunsch des Bewerbers die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.
- (6) Höchstens ein Mitglied der Promotionskommission, jedoch nicht der Vorsitzende der Promotionskommission, kann in begründeten Ausnahmefällen durch eine Videokonferenz an der öffentlichen Verteidigung sowie der anschließenden Beratung über deren Ergebnis teilnehmen, wenn:
 1. der Promotionsausschuss sowie die Promotionskommission, einschließlich des Vorsitzenden der Promotionskommission, der Teilnahme durch eine Videokonferenz zugestimmt haben,
 2. der Bewerber schriftlich sein Einverständnis erklärt hat,
 3. die Übertragung aller erforderlichen Audio- und Videodaten, insbesondere des Bildes des Bewerbers und der Promotionskommissionsmitglieder sowie der Präsentation des Bewerbers, in beide Richtungen in angemessener Qualität während der öffentlichen Verteidigung ununterbrochen sichergestellt ist. Die Beurteilung der angemessenen Qualität der Übertragung obliegt dem Vorsitzenden der Promotionskommission.

§ 15

Bewertung der öffentlichen Verteidigung und Gesamtnote der Promotion

- (1) Erscheint der Bewerber ohne Angabe triftiger Gründe zu dem für die öffentliche Verteidigung angesetzten Termin nicht, so gilt die Promotionsleistung als nicht erbracht. Die geltend gemachten Gründe müssen unverzüglich bei der Promotionskommission schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Bewerbers ist in der Regel ein ärztliches Attest vorzulegen. In Zweifelsfällen kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Der Krankheit des Bewerbers steht die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich.
- (2) Zur Bewertung der öffentlichen Verteidigung vergibt jedes anwesende Mitglied der

Promotionskommission eine Note gemäß § 11 Abs. 2. Liegt keine Bewertung „non sufficit“ vor, so ergibt sich die Note der öffentlichen Verteidigung (Note V) als arithmetisches Mittel der Einzelbewertungen. Die Note der öffentlichen Verteidigung geht ohne Rundung in die Berechnung der Gesamtnote ein.

(3) Wird die öffentliche Verteidigung von mehreren Mitgliedern der Promotionskommission mit „non sufficit“ bewertet, so gilt die öffentliche Verteidigung als nicht bestanden. Wird die öffentliche Verteidigung von genau einem Mitglied der Promotionskommission mit „non sufficit“ bewertet, so gilt die öffentliche Verteidigung nur dann als bestanden, wenn mindestens eine Einzelbewertung „cum laude“ oder besser vorliegt. In diesem Fall lautet die Note der öffentlichen Verteidigung „rite“.

(4) Besteht der Bewerber die öffentliche Verteidigung nicht, so ist deren einmalige Wiederholung möglich. Dies gilt nicht für den Fall des Absatzes 1 Satz 1. Wird die Wiederholung nicht bestanden oder gilt die Promotionsleistung nach Absatz 1 Satz 1 als nicht erbracht, so wird das Promotionsverfahren mit der Bewertung „non sufficit“ eingestellt.

(5) Liegt kein Gutachten mit der Bewertung „non sufficit“ vor und liegt mindestens ein Gutachten mit einer Bewertung schlechter als „summa cum laude“ vor, so ergibt sich die Gesamtnote der Promotion wie folgt. Zunächst wird die Durchschnittsnote sämtlicher vorliegender Gutachten (Note G) unter Verwendung der Zahlenwerte gemäß § 11 Abs. 2 berechnet. Die Gesamtnote der Promotion ergibt sich durch Rundung auf glatte Zahlenwerte des gewichteten arithmetischen Mittels M der Noten V und G entsprechend der Formel: $M = 0,25 (3 G + V)$.

(6) Liegt genau ein Gutachten mit der Bewertung „non sufficit“ vor, so kann die Gesamtnote der Promotion nicht besser als „rite“ sein. Die Bewertung „rite“ wird in diesem Fall vergeben, wenn ein Gutachten mit der Bewertung „cum laude“ (oder besser) vorliegt oder ein Mitglied der Promotionskommission die öffentliche Verteidigung mit „cum laude“ (oder besser) bewertet hat.

(7) Die Gesamtnote der Promotion lautet „summa cum laude“, wenn sämtliche Gutachter die Dissertation mit „summa cum laude“ bewertet haben und die Note V kleiner als 1 ist. Wenn sämtliche Gutachter die Dissertation mit „summa cum laude“ bewertet haben und die Note V größer oder gleich 1 ist, lautet die Gesamtnote der Promotion „magna cum laude“.

(8) Die Promotionskommission berät auf der Basis der in den Gutachten geforderten geringfügigen Änderungen und Ergänzungen, welche Auflagen zu erteilen sind (§ 11 Abs. 1, § 12 Abs. 1). Die Auflagen betreffen insbesondere die Beseitigung von Schreibfehlern zur Erzielung einer druckreifen Form. Inhaltliche Veränderungen dürfen nicht vorgenommen werden. Das im Dekanat ausgelegte Exemplar darf nicht verändert werden. Diesem Originalexemplar wird ein Exemplar der gemäß den Auflagen überarbeiteten Dissertation hinzugefügt.

IV. Veröffentlichung und Titelführung

§ 16

Veröffentlichung der Dissertation

(1) Der Bewerber hat innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Verteidigung die genehmigte Fassung der Dissertation unter Beachtung von § 11 Abs. 1, § 12 Abs. 1 und § 15 Abs. 8 in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Falle von Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 bezieht sich das Ende der Jahresfrist auf den Abschluss des Verlagsvertrages. Versäumt der Bewerber schuldhaft die Frist, so erlöschen alle im Promotionsverfahren erworbenen Rechte.

(2) Der genehmigten Fassung muss eine Titelseite beigefügt werden, welche folgende Angaben enthält:

1. den Titel der Dissertation,
2. einen Hinweis, dass es sich um die von der Fakultät genehmigte Fassung handelt,
3. den angestrebten akademischen Grad,
4. den akademischen Grad, den Vornamen und den Namen des Bewerbers,
5. die akademischen Grade, die Vornamen und die Namen der Gutachter,
6. den Tag der Einreichung,
7. den Tag der Verteidigung,
8. das Veröffentlichungsjahr,
9. den Zitierlink (bei Onlineausgabe).

Durch die Universitätsbibliothek der Technischen Universität Chemnitz wird eine Mustertitelseite vorgehalten.

(3) Eine Veröffentlichung nach Absatz 1 geschieht wahlweise durch die unentgeltliche Übergabe an die Universitätsbibliothek von

1. sechs gedruckten und gebundenen Exemplaren bei Veröffentlichung der identischen elektronischen Version der genehmigten Fassung der Dissertation im Online-Publikationsservice der Technischen Universität Chemnitz oder
2. sechs gedruckten und gebundenen Verlagsexemplaren bei Veröffentlichung im Universitätsverlag Chemnitz oder in einem anderen wissenschaftlichen Verlag, der die Verbreitung über den Buchhandel

für die Dauer der Lieferbarkeit übernimmt (Bei einer Veröffentlichung in einem anderen wissenschaftlichen Verlag als dem Universitätsverlag Chemnitz ist die Veröffentlichung ebenfalls als Hochschulschrift zu kennzeichnen. Das geschieht entweder durch das Einbinden der Titelseite nach Absatz 2 Satz 1 oder durch die Angabe des Hochschulschriftenvermerkes im Impressum.), oder

3. 15 gedruckten und gebundenen Exemplaren.

Die Übergabe der Pflichtexemplare ist vom Bewerber durch Vorlage eines Empfangsbeleges der Universitätsbibliothek gegenüber dem Dekan nachzuweisen.

(4) In begründeten Fällen kann der Dekan die Frist nach Absatz 1 auf Grund eines rechtzeitig eingereichten und begründeten Antrags einmalig verlängern.

§ 17

Übergabe der Urkunde, Titelführung

(1) Der Vorsitzende des Promotionsausschusses veranlasst aufgrund des Beschlusses der Promotionskommission nach § 14 die Ausfertigung der Promotionsurkunde. Sie wird auf den Tag der erfolgreichen öffentlichen Verteidigung datiert und enthält:

1. den Namen, den Vornamen, bisherige akademische Grade, das Geburtsdatum und den Geburtsort des Bewerbers,
2. den zu beurkundenden akademischen Grad,
3. das Fachgebiet,
4. das Thema der Dissertation,
5. die Gesamtnote,
6. die Unterschriften des Rektors und des Dekans,
7. das Siegel der Technischen Universität Chemnitz.

(2) Der Dekan vollzieht die Promotion durch die Aushändigung der Promotionsurkunde, nachdem der Bewerber die Veröffentlichung nach § 16 nachgewiesen hat.

(3) Mit der Übergabe der Promotionsurkunde erwirbt der Bewerber das Recht, den Doktorgrad zu führen.

V. Ungültigkeit und Rechtsbehelfe

§ 18

Ungültigkeit von Promotionsleistungen

(1) Ergibt sich vor Aushändigung der Promotionsurkunde, dass der Bewerber bei Promotionsleistungen eine Täuschung verübt hat oder dass wesentliche Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion nach § 3 nicht erfüllt waren, so kann der Promotionsausschuss die bereits erbrachten Promotionsleistungen ganz oder teilweise für ungültig erklären. Vor der Entscheidung ist der Bewerber zu hören. Der Promotionsausschuss legt fest, ob und in welchem Rahmen der Bewerber die fehlenden Voraussetzungen nachzuholen hat.

(2) Sind alle Promotionsleistungen für ungültig erklärt, so ist das Promotionsverfahren einzustellen.

§ 19

Entziehung des Doktorgrades

(1) Der Doktorgrad kann durch Beschluss des Fakultätsrates unter Anwendung von § 39 Abs. 4 SächsHSFG entzogen werden.

(2) Vor dem Entzug ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 20

Widerspruchsrecht

(1) Gegen Entscheidungen im Promotionsverfahren ist der Widerspruch nach §§ 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung statthaft.

(2) Der Widerspruch ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich oder zur Niederschrift beim Dekan einzulegen. Der Dekan teilt innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach Zugang dem Fakultätsrat den Widerspruch mit.

(3) Der Fakultätsrat hat nach Anhörung der Promotionskommission und des Promotionsausschusses innerhalb von weiteren drei Monaten über den Widerspruch zu entscheiden (Widerspruchsbescheid). Der Widerspruchsbescheid ergeht schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung.

§ 21

Einsichtnahme

(1) Dem Bewerber wird auf Antrag Einsicht in die Promotionsakte gewährt. Dies beinhaltet die Einsicht in die Noten der Gutachten.

(2) Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Gesamtnote schriftlich an den

Promotionsausschuss zu stellen. Der Vorsitzende des Promotionsausschusses bestimmt Zeit und Ort der Einsichtnahme.

(3) Das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht bleibt unberührt.

VI. Ehrungen und Schlussbestimmung

§ 22

Ehrenpromotion

(1) Die Fakultät kann in Anerkennung und Würdigung herausragender Verdienste bei der Weiterentwicklung der Informatik die akademische Würde eines Ehrendoktors Dr.-Ing. E. h. oder Dr. rer. nat. h. c. verleihen.

(2) Die zu ehrende Persönlichkeit darf nicht Mitglied der Technischen Universität Chemnitz sein.

(3) Der Antrag auf Verleihung der Ehrendoktorwürde ist von mindestens zwei Hochschullehrern der Fakultät zu stellen und zu begründen. Der Fakultätsrat entscheidet unter Einbeziehung aller Hochschullehrer der Fakultät über den Antrag. Der Fakultätsrat prüft nach Einholung zweier Gutachten von Professoren der Fakultät und eines auswärtigen Gutachtens die besonderen Verdienste der zu würdigenden Persönlichkeit um die Informatik. Zur Annahme des Antrags ist eine Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder des Fakultätsrates erforderlich.

(4) Die Verleihung der Ehrendoktorwürde erfolgt in feierlicher Form (Laudatio) durch Aushändigung der Promotionsurkunde durch den Dekan.

§ 23

Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Promotionsordnung ist vom Fakultätsrat der Fakultät für Informatik am 8. Dezember 2021 und 1. Juni 2022 beschlossen und vom Rektorat der Technischen Universität Chemnitz am 22. Juni 2022 genehmigt worden. Sie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Technischen Universität Chemnitz in Kraft. Alle nach diesem Zeitpunkt eröffneten Promotionsverfahren sind auf der Grundlage dieser Ordnung durchzuführen. Vor dem Inkrafttreten dieser Ordnung eröffnete Promotionsverfahren werden nach den Bestimmungen der Promotionsordnung der Fakultät für Informatik vom 13. März 2019 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 12/2019, S. 299) durchgeführt. Allerdings steht es in diesem Fall den Bewerbern frei, die weitere Durchführung nach der vorliegenden Promotionsordnung beim Promotionsausschuss zu beantragen, falls diese vor dem Datum ihrer öffentlichen Verteidigung in Kraft getreten ist.

Chemnitz, den 8. Juli 2022

Der Dekan
der Fakultät für Informatik
der Technischen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Martin Gaedke

**Habilitationsordnung
der Fakultät für Informatik
der Technischen Universität Chemnitz
Vom 8. Juli 2022**

Aufgrund von § 41 Abs. 5 in Verbindung mit § 13 Abs. 4 Satz 1 und § 88 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Freiheit der Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz – SächsHSFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. September 2021 (SächsGVBl. S. 1122, 1123) geändert worden ist, hat der Fakultätsrat der Fakultät für Informatik der Technischen Universität Chemnitz die vorliegende Habilitationsordnung erlassen.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeiner Teil

- § 1 Habilitation
- § 2 Habilitationsvoraussetzungen
- § 3 Habilitationskommission
- § 4 Vortrag und wissenschaftliche Aussprache
- § 5 Habilitationsantrag

II. Habilitationsverfahren

- § 6 Eröffnung des Habilitationsverfahrens
- § 7 Schriftliche Habilitationsleistung
- § 8 Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 9 Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 10 Probevorlesung
- § 11 Abschluss der Habilitation

III. Veröffentlichung und Schlussbestimmungen

- § 12 Veröffentlichung der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 13 Wiederholung nicht bestandener Habilitationsleistungen
- § 14 Entzug der Habilitation
- § 15 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 16 Schlussbestimmungen

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Habilitationsordnung in der Regel das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personen-, Amts- und Funktionsbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

I. Allgemeiner Teil

**§ 1
Habilitation**

- (1) Die Habilitation dient dem Nachweis der besonderen Befähigung zur Forschung und zur eigenständigen Lehre in einem bestimmten Fach oder Fachgebiet.
- (2) Die Habilitation erfolgt aufgrund folgender Leistungen:
 1. die schriftliche Habilitationsleistung,
 2. die Probevorlesung (Lehrveranstaltung mit Diskurscharakter).
- (3) Die Fakultät für Informatik (nachfolgend Fakultät) führt das Habilitationsverfahren auf dem Gebiet der Informatik durch. Mit der Habilitation wird die Lehrbefugnis zuerkannt und die Befugnis eingeräumt, den Zusatz „habil.“ zum Doktorgrad zu führen.
- (4) Auf Antrag verleiht der Fakultätsrat einem Habilitierten die Bezeichnung „Privatdozent“, wenn er sich zur Übernahme von Lehrverpflichtungen in seinem Fachgebiet von mindestens zwei Semesterwochenstunden verpflichtet. Näheres wird durch die Ordnung zur Verleihung der Bezeichnung Privatdozent an der Technischen Universität Chemnitz in der jeweils gültigen Fassung bestimmt.

§ 2**Habilitationsvoraussetzungen**

- (1) Akademische Assistenten nach § 72 SächsHSFG an der Fakultät sind zur Habilitation zugelassen. Zur Habilitation kann weiterhin zugelassen werden, wer
1. den Doktorgrad einer deutschen Universität oder einer dieser gleichgestellten Hochschule erworben hat oder einen gleichwertigen akademischen Grad einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule besitzt und
 2. nachweist, dass er mehrere Jahre in der Informatik wissenschaftlich tätig war. Dieser Nachweis erfolgt in der Regel durch mehrere hochrangige wissenschaftliche Publikationen, die nicht im Zusammenhang mit der Promotion stehen, sowie durch den Nachweis über die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in der Lehre. Der Nachweis über die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in der Lehre gilt insbesondere als erbracht, wenn der Bewerber in mindestens zwei Semestern Lehrveranstaltungen im Umfang von je mindestens zwei Lehrveranstaltungsstunden abgehalten hat. Belege über erfolgreich absolvierte hochschuldidaktische Weiterbildungen oder aussagekräftige Dokumente über erfolgreiche Evaluationen der gehaltenen Lehrveranstaltungen sind erwünscht.
- (2) Bewerber mit einem im Ausland erworbenen akademischen Grad müssen im Besitz einer Genehmigung zur Führung dieses Grades gemäß den dafür geltenden rechtlichen Bestimmungen sein. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit des akademischen Grades einer ausländischen Hochschule ist die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zu konsultieren.
- (3) Der Bewerber hat vor der Durchführung des Vortrages und der wissenschaftlichen Aussprache nach § 4 eine Anzeige des Habilitationsvorhabens im Dekanat der Fakultät einzureichen (Formular wird vom Dekanat zur Verfügung gestellt).

§ 3**Habilitationskommission**

- (1) Der Fakultätsrat bestellt die Habilitationskommission, die mit der Durchführung des Habilitationsverfahrens beauftragt wird. Die Habilitationskommission achtet auf den ordnungsgemäßen Gang des Verfahrens unter Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen. Der Habilitationskommission gehören an:
1. der Vorsitzende,
 2. drei Gutachter,
 3. zwei Beisitzer.
- Vorsitzender kann nur ein Professor oder Habilitierter sein, der der Fakultät angehört. Beisitzer müssen Habilitierte oder Professoren sein; sie können auch anderen Fakultäten der Technischen Universität Chemnitz oder anderen Hochschulen angehören. Den Status der Gutachter regelt § 8 Abs. 1. Des Weiteren bestellt der Fakultätsrat einen Studentenvertreter, den die Habilitationskommission bei der Abnahme der Probevorlesung nach § 10 hinzuzieht.
- (2) Mitglieder der Habilitationskommission, die nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, sind durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (3) Die Beratungen der Habilitationskommission sind nichtöffentlich.
- (4) Über die Beratung der Habilitationskommission ist ein Protokoll zu führen, das den Tag und Ort der Sitzung, die Namen der Beratungsteilnehmer, die Beratungsthemen, die ggf. zu behandelnden Anträge, den Wortlaut der Beschlüsse und Empfehlungen sowie Abstimmungsergebnisse enthält. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden zu unterschreiben und der Habilitationsakte beizufügen.
- (5) Die Aufgaben der Habilitationskommission sind:
1. die Abnahme und Bewertung der Probevorlesung,
 2. die Empfehlung an den Fakultätsrat zur Anerkennung der Habilitationsleistungen.

§ 4**Vortrag und wissenschaftliche Aussprache**

Zur Einschätzung der Eignung des Bewerbers für die Habilitation ist vor der Eröffnung des Verfahrens ein hochschulöffentlicher Vortrag an der Technischen Universität Chemnitz mit einer anschließenden wissenschaftlichen Aussprache durchzuführen. In diesem Rahmen stellt der Bewerber seine bisherige wissenschaftliche Arbeit im Rahmen eines hochschulöffentlichen Vortrages von 30 Minuten und einer anschließenden wissenschaftlichen Aussprache (bis zu 60 Minuten) vor. Die Ankündigung des hochschulöffentlichen Vortrages erfolgt durch den Dekan mindestens zwei Wochen vor dem anberaumten Termin an den Bewerber und die Hochschulöffentlichkeit. Das Ziel der wissenschaftlichen Aussprache sollte in der Regel die Ermunterung des Bewerbers zur Einreichung eines Antrages auf Eröffnung des Habilitationsverfahrens (Habilitationsantrag) darstellen. Der Fakultätsrat entscheidet in einer nichtöffentlichen Sitzung im Anschluss an die wissenschaftliche Aussprache über die Anerkennung des hochschulöffentlichen Vortrages und ermuntert den Bewerber im Fall einer Anerkennung zur Einreichung des Habilitationsantrages. Der Dekan teilt dem Bewerber die Entscheidung des Fakultätsrates im Anschluss

schriftlich mit.

§ 5 Habitationsantrag

(1) Der Habitationsantrag ist vom Bewerber mittels des seitens des Dekanates der Fakultät zur Verfügung gestellten Formulars schriftlich an den Dekan der Fakultät zu richten. Diesem sind beizufügen:

1. ein urkundlicher Nachweis des erworbenen Doktorgrades,
2. eine schriftliche Habitationsleistung in vier Exemplaren,
3. ein Nachweis (Referenzen) der mehrjährigen wissenschaftlichen Tätigkeit (z. B. Publikationsliste, Referenzen über eine Tätigkeit in Lehre und Forschung, Lehrveranstaltungsverzeichnis, Nachweise über erfolgreich absolvierte hochschuldidaktische Weiterbildungen oder aussagekräftige Dokumente über erfolgreiche Evaluationen der gehaltenen Lehrveranstaltungen),
4. drei Themenvorschläge für die Probevorlesung,
5. eine Erklärung, dass die vorgelegte wissenschaftliche Arbeit vom Bewerber selbst und ohne andere als die darin angegebenen Hilfsmittel angefertigt wurde; die Erklärung muss auch Bestandteil jedes Exemplars der schriftlichen Habitationsleistung sein,
6. ein Nachweis des gehaltenen hochschulöffentlichen Vortrages (§ 4), der in der Regel nicht länger als ein Jahr zurückliegen sollte.

Es können Gutachternvorschläge gemacht werden (Formular wird vom Dekanat der Fakultät zur Verfügung gestellt), die jedoch keinen Anspruch begründen. Alle genannten Unterlagen sind in schriftlicher Form einzureichen und müssen vom Bewerber unterzeichnet sein. Die drei Themenvorschläge für die Probevorlesung dürfen nicht mit dem Thema der schriftlichen Habitationsleistung im Zusammenhang stehen.

(2) Die eingereichten Unterlagen gehen mit der Verfahrenseröffnung und unabhängig vom Ausgang des Verfahrens in das Eigentum der Technischen Universität Chemnitz über.

(3) Eine Rücknahme des Habitationsantrages ist möglich, solange der Fakultätsrat nicht über die Eröffnung des Habitationsverfahrens beschlossen hat. Der Fakultätsrat hat das Recht, ein eröffnetes Habitationsverfahren in begründeten Ausnahmefällen durch Beschluss vorzeitig zu beenden. Die nicht dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer der Fakultät haben das Recht, stimmberechtigt dabei mitzuwirken. Die Möglichkeit der Mitwirkung sowie Zeit und Ort der Sitzung sind ihnen unter Angabe der Tagesordnung in der Regel eine Woche vor der Sitzung mitzuteilen.

(4) Das Habitationsverfahren ist in der Regel in deutscher Sprache durchzuführen. In Sonderfällen kann auf Antrag des Bewerbers und bei Genehmigung durch den Fakultätsrat von diesem Grundsatz abgewichen werden.

II. Habitationsverfahren

§ 6 Eröffnung des Habitationsverfahrens

(1) Nach Eingang des Habitationsantrages prüft der Fakultätsrat die eingereichten Unterlagen. Wird die Vollständigkeit der Unterlagen, die Erfüllung der Voraussetzungen des Bewerbers und die wissenschaftliche Zuständigkeit der Fakultät festgestellt, fällt der Fakultätsrat innerhalb von drei Monaten einen Eröffnungsbeschluss.

(2) Im Eröffnungsbeschluss sind festzulegen:

1. der Titel der schriftlichen Habitationsleistung,
2. das Fachgebiet der Habilitation,
3. die drei Gutachter,
4. der Vorsitzende und die Mitglieder der Habitationskommission,
5. die drei Themen für die Probevorlesung.

Bei der Bestellung der Gutachter und Mitglieder der Habitationskommission ist auf Unabhängigkeit zu achten.

(3) Der Bewerber ist über die Eröffnung des Habitationsverfahrens durch den Dekan innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu informieren. Mit dem Eröffnungsbeschluss ist die Begutachtung einzuleiten.

(4) Der Fakultätsrat kann die Eröffnung des Verfahrens von der Erfüllung von Auflagen abhängig machen. Er darf die Eröffnung des Verfahrens nur ablehnen, wenn

1. die Voraussetzungen für eine Zulassung zur Habilitation vom Bewerber nicht erfüllt werden (§ 2),
2. die mit dem Antrag einzureichenden Unterlagen unvollständig sind (§ 5 Abs. 1),
3. die schriftliche Habitationsleistung der Fakultät nicht zugeordnet werden kann.

(5) Wird der Bewerber nicht zugelassen, so gilt das Habitationsverfahren als nicht eröffnet. Die Nichteröffnung ist dem Bewerber unter Angabe der Gründe und gegebenenfalls einer Frist für die Ausräumung der Gründe in schriftlicher Form durch den Dekan der Fakultät innerhalb von zwei Wochen nach

dem Beschluss mitzuteilen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Der Bewerber erhält im Falle der Nichteröffnung außer dem Habilitationsantrag alle übrigen eingereichten Unterlagen zurück.

§ 7

Schriftliche Habilitationsleistung

- (1) Der Bewerber hat eine schriftliche Habilitationsleistung zu erbringen. Diese besteht aus einer zu diesem Zweck abgefassten Abhandlung (Habilitationsschrift) oder aus mehreren, thematisch zusammengehörigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen (kumulative Habilitation), denen eine ausführliche Zusammenfassung von mindestens zehn Seiten beizulegen ist. Die schriftliche Habilitationsleistung muss die Befähigung des Bewerbers zu eigenständiger wissenschaftlicher Forschung unter Beweis stellen und einen Fortschritt auf dem Fachgebiet darstellen, für das die Lehrbefähigung festgestellt werden soll. Bei einer kumulativen Habilitation muss der eigene Anteil sowie der Anteil der Koautoren glaubwürdig dargestellt werden. Der Bewerber stimmt zu, dass die Darstellung bzgl. des eigenen und des Anteils der Koautoren, den Koautoren und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen. Zudem dürfen bei einer kumulativen Habilitation nur begutachtete Arbeiten eingehen, die bereits publiziert sind oder zur Publikation angenommen wurden.
- (2) Die schriftliche Habilitationsleistung kann in deutscher oder in englischer Sprache abgefasst werden.
- (3) Die schriftliche Habilitationsleistung darf nur Arbeiten enthalten, die aus der wissenschaftlichen Tätigkeit des Bewerbers nach Abschluss seiner Promotion hervorgegangen sind.

§ 8

Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung

- (1) Die schriftliche Habilitationsleistung ist grundsätzlich durch drei Professoren oder Habilitierte zu bewerten, von denen mindestens ein Professor oder Habilitierter nicht der Technischen Universität Chemnitz angehören darf.
- (2) Die Gutachten dienen der Entscheidungsfindung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung. Im Rahmen des jeweiligen Gutachtens empfiehlt jeder Gutachter die Annahme oder Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung.
- (3) Die Gutachten sollen schriftlich innerhalb von drei Monaten erstellt werden. Danach ausstehende Gutachten werden vom Dekan schriftlich angemahnt. Bei ausbleibenden Gutachten ist ein neuer Gutachter zu bestellen.
- (4) Die Gutachter haben das Recht, die ihnen zur Begutachtung ausgehändigte schriftliche Habilitationsleistung zu behalten.

§ 9

Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung

- (1) Im Anschluss an die Begutachtung wird die Habilitationsschrift für die Dauer von zwei Wochen im Dekanat der Fakultät für eine mögliche Einsichtnahme durch die Professoren, Habilitierten und die Mitglieder des Fakultätsrates der Fakultät ausgelegt und die Auslage gegenüber den Professoren, Habilitierten und den Mitgliedern des Fakultätsrates der Fakultät angezeigt. Innerhalb dieser Frist kann an den Dekan ein schriftliches Votum für oder gegen die Annahme eingereicht werden. Im Ablehnungsfalle ist das Votum innerhalb von zwei weiteren Wochen zu begründen.
- (2) Die schriftliche Habilitationsleistung ist anzunehmen, wenn alle drei Gutachter dies vorschlagen und kein negatives Votum nach Absatz 1 vorliegt. Die schriftliche Habilitationsleistung ist abzulehnen, wenn ein negatives Gutachten und mindestens ein negatives Votum eines Professors oder Habilitierten gemäß Absatz 1, das in der Begründung dem Inhalt eines negativen Gutachtens gleichkommt, vorliegen. Anderenfalls ist über die Annahme zu beraten. Der Fakultätsrat fasst einen Beschluss über die Annahme oder Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung bzw. über das weitere Vorgehen. Die nicht dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer der Fakultät haben das Recht, stimmberechtigt dabei mitzuwirken. Die Möglichkeit der Mitwirkung sowie Zeit und Ort der Sitzung sind ihnen unter Angabe der Tagesordnung in der Regel eine Woche vor der Sitzung mitzuteilen.
- (3) Wird die schriftliche Habilitationsleistung angenommen, ist das Verfahren fortzusetzen. Der Beschluss über die Annahme ist dem Bewerber durch den Dekan innerhalb von zwei Wochen schriftlich mitzuteilen.
- (4) Wird die schriftliche Habilitationsleistung nicht angenommen, ist das Habilitationsverfahren beendet. Der Bewerber ist durch den Dekan innerhalb von zwei Wochen in schriftlicher Form unter Angabe der Gründe über die Nichtannahme der schriftlichen Habilitationsleistung in Kenntnis zu setzen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die Möglichkeit der Wiederholung regelt § 13.

§ 10**Probevorlesung**

- (1) Die Habilitationskommission legt nach Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung den Termin für die Probevorlesung fest. Das Thema der Probevorlesung ist aus den drei Themenvorschlägen des Bewerbers auszuwählen. Die Probevorlesung ist hochschulöffentlich und soll 60 Minuten dauern und daran soll sich eine Diskussion von 30 Minuten anschließen. Der Vorsitzende der Habilitationskommission teilt das Thema und den Termin mindestens zwei Wochen vor dem anberaumten Termin dem Bewerber und der Hochschulöffentlichkeit mit.
- (2) Unmittelbar im Anschluss an die Probevorlesung beschließt die Habilitationskommission in nichtöffentlicher Beratung über die Empfehlung an den Fakultätsrat zur Anerkennung der Probevorlesung. Die nicht der Habilitationskommission angehörenden Professoren und Habilitierten der Fakultät können stimmberechtigt dabei mitwirken. Der nach § 3 Abs. 1 zur Probevorlesung hinzugezogene Studentenvertreter kann seine Beurteilung der Probevorlesung in der Sitzung der Habilitationskommission vortragen. Über die Probevorlesung ist ein Protokoll anzufertigen. Es ist vom Vorsitzenden der Habilitationskommission zu unterzeichnen und der Habilitationsakte beizufügen.
- (3) Nach der nichtöffentlichen Beratung der Habilitationskommission teilt der Vorsitzende dem Bewerber das Ergebnis mit.
- (4) Wurde die Probevorlesung nicht anerkannt, endet das Habilitationsverfahren. Der Bewerber erhält durch den Dekan innerhalb von zwei Wochen schriftlich unter Angabe von Gründen einen Bescheid. Dieser ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die Möglichkeit der Wiederholung regelt § 13.

§ 11**Abschluss der Habilitation**

- (1) Der Fakultätsrat beschließt auf der Grundlage der Empfehlung der Habilitationskommission über die Anerkennung der Habilitationsleistungen. Die nicht dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer der Fakultät haben das Recht, stimmberechtigt dabei mitzuwirken. Die Möglichkeit der Mitwirkung sowie Zeit und Ort der Sitzung sind ihnen unter Angabe der Tagesordnung in der Regel eine Woche vor der Sitzung mitzuteilen. Das Ergebnis ist dem Rektor mitzuteilen.
- (2) Der Dekan veranlasst die Ausfertigung der Habilitationsurkunde. Die Urkunde enthält:
 1. den Namen, den Vorname, den akademischen Grad, das Geburtsdatum und den Geburtsort des Bewerbers,
 2. das Thema der schriftlichen Habilitationsleistung,
 3. das Thema der Probevorlesung,
 4. die Zuerkennung der Lehrbefugnis und die Befugnis, den Zusatz „habil.“ zum Doktorgrad zu führen,
 5. das Fachgebiet, für das die Lehrbefugnis zuerkannt wird,
 6. das Datum der Ausfertigung der Urkunde,
 7. die Unterschriften des Rektors und des Dekans,
 8. das Siegel der Technischen Universität Chemnitz.
- (3) Der Dekan übergibt dem Bewerber, sobald die Veröffentlichung gemäß § 12 erfolgt ist, die Urkunde.
- (4) Mit der Aushändigung der Habilitationsurkunde ist das Habilitationsverfahren beendet. Der Habilitierte ist berechtigt, den Zusatz „habil.“ zum Doktorgrad zu führen.
- (5) Der Abschluss des Habilitationsverfahrens wird durch den Dekan der Hochschulöffentlichkeit angezeigt, soweit der Bewerber seine Einwilligung zur Veröffentlichung erteilt hat.

III. Veröffentlichung und Schlussbestimmungen**§ 12****Veröffentlichung der schriftlichen Habilitationsleistung**

- (1) Der Bewerber hat innerhalb eines Jahres nach der Probevorlesung die genehmigte Fassung der schriftlichen Habilitationsleistung in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung entfällt, wenn die schriftliche Habilitationsleistung kumulativ erfolgte. Im Falle von Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 bezieht sich das Ende der Jahresfrist auf den Abschluss des Verlagsvertrages. Versäumt der Bewerber schuldhaft die Frist, so erlöschen alle im Habilitationsverfahren erworbenen Rechte.
- (2) Der genehmigten Fassung muss eine Titelseite beigefügt werden, welche folgende Angaben enthält:
 1. den Titel der schriftlichen Habilitationsleistung,
 2. einen Hinweis, dass es sich um die von der Fakultät genehmigte Fassung handelt,
 3. den angestrebten akademischen Grad,
 4. die bisherigen akademischen Grade, den Vornamen und den Namen des Bewerbers,
 5. die akademischen Grade, die Vornamen und die Namen der Gutachter,
 6. den Tag der Einreichung,

7. das Veröffentlichungsjahr,
8. einen Zitierlink (bei Online-Publikation).

Durch die Universitätsbibliothek der Technischen Universität Chemnitz wird eine Mustertitelseite vorgehalten.

(3) Die Veröffentlichung nach Absatz 1 geschieht wahlweise durch die unentgeltliche Übergabe an die Universitätsbibliothek von

1. sechs gedruckten und gebundenen Exemplaren bei Veröffentlichung der identischen elektronischen Version der genehmigten Fassung der schriftlichen Habilitationsleistung im Online-Publikationsservice der Technischen Universität Chemnitz oder
2. sechs gedruckten und gebundenen Verlagsexemplaren bei Veröffentlichung im Universitätsverlag Chemnitz oder in einem anderen wissenschaftlichen Verlag, der die Verbreitung über den Buchhandel für die Dauer der Lieferbarkeit übernimmt (Bei einer Veröffentlichung in einem anderen wissenschaftlichen Verlag als dem Universitätsverlag Chemnitz ist die Veröffentlichung ebenfalls als Hochschulschrift zu kennzeichnen. Das geschieht entweder durch das Einbinden der Titelseite nach Absatz 2 Satz 1 oder durch die Angabe des Hochschulschriftenvermerkes im Impressum.), oder
3. 15 gedruckten und gebundenen Exemplaren.

Die Übergabe der Pflichtexemplare ist vom Bewerber durch Vorlage eines Empfangsbeleges der Universitätsbibliothek gegenüber dem Dekanat nachzuweisen.

(4) In begründeten Fällen kann die Habilitationskommission auf Antrag die Frist des Absatzes 1 einmalig verlängern.

§ 13

Wiederholung nicht bestandener Habilitationsleistungen

(1) Die Wiederholung einer nicht bestandenen Habilitationsleistung (§ 7, § 10) ist insgesamt nur einmal möglich. Eine zweite Wiederholung einer Leistung oder die Wiederholung beider Leistungen ist ausgeschlossen.

(2) Die Zulassung zur Wiederholung der Probevorlesung ist vom Bewerber beim Dekan innerhalb von vier Wochen nach Zustellung des Ablehnungsbescheides der nicht bestandenen Leistung zu beantragen.

(3) Der Fakultätsrat fasst einen Beschluss über die Zulassung zur Wiederholung bzw. die Beendigung des Habilitationsverfahrens. Die nicht dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer der Fakultät haben das Recht, stimmberechtigt dabei mitzuwirken. Die Möglichkeit der Mitwirkung sowie Zeit und Ort der Sitzung sind ihnen unter Angabe der Tagesordnung in der Regel eine Woche vor der Sitzung mitzuteilen. Die Wiederholung muss innerhalb eines halben Jahres nach der Zulassung zur Wiederholung erfolgen.

(4) Die Wiedervorlage einer wesentlich überarbeiteten oder neuen schriftlichen Habilitationsleistung ist nach dem erfolglos beendeten Habilitationsverfahren möglich. Es ist ein neues Habilitationsverfahren zu beantragen.

§ 14

Entzug der Habilitation

(1) Ergibt sich vor der Aushändigung der Urkunde, dass der Bewerber die Zulassung zum Habilitationsverfahren durch eine Täuschung erwirkt oder sich im Habilitationsverfahren einer Täuschung schuldig gemacht hat, so erklärt die Habilitationskommission die erbrachten Prüfungsleistungen für ungültig und stellt fest, dass das Habilitationsverfahren ohne Erfolg beendet ist.

(2) Die Feststellung der besonderen Befähigung zur Forschung und eigenständigen Lehre, die Lehrbefugnis und die Berechtigung zur Ergänzung des Doktorgrades um den Zusatz „habil.“ können zurückgenommen werden, wenn sich herausstellt, dass sie durch Täuschung erworben worden sind oder Tatsachen bekannt werden, die die Erteilung der Habilitation ausgeschlossen hätten. Die Entscheidung hierüber trifft der Fakultätsrat gemäß § 88 Abs. 2 SächsHSFG.

(3) Vor Entscheidungen gemäß Absatz 1 und 2 ist dem Bewerber Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Die Feststellung der besonderen Befähigung zur Forschung und eigenständigen Lehre, die Lehrbefugnis und die Berechtigung zur Ergänzung des Doktorgrades um den Zusatz „habil.“ erlöschen, wenn derjenige akademische Grad nicht mehr geführt werden darf, der Voraussetzung für die Zulassung zum Habilitationsverfahren war.

§ 15

Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach dem Beschluss des Fakultätsrates über die Anerkennung der Habilitationsleistungen ist dem Bewerber auf Antrag innerhalb angemessener Frist Einsicht in die Unterlagen der Habilitation zu gewähren. Das datenschutzrechtliche Auskunftsrecht bleibt davon unberührt.

§ 16**Schlussbestimmungen**

Die Habilitationsordnung wurde vom Fakultätsrat der Fakultät für Informatik am 3. November 2021 beschlossen und am 22. Juni 2022 vom Rektorat genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Technischen Universität Chemnitz in Kraft. Gleichzeitig tritt die Habilitationsordnung der Fakultät für Informatik der Technischen Universität Chemnitz vom 1. März 2013 (Amtliche Bekanntmachungen Nr. 3/2013, S. 57) außer Kraft. Für vor dem Inkrafttreten dieser Habilitationsordnung beantragte Habilitationsverfahren gelten Übergangsregelungen, die der Fakultätsrat festlegt.

Chemnitz, den 8. Juli 2022

Der Dekan
der Fakultät für Informatik
der Technischen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Martin Gaedke